



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft  
• Dienstort: Berlin - 11055 Berlin

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Dr. Kirsten Tackmann  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Peter Bleser**

Parlamentarischer Staatssekretär  
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT: Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 - 4623

FAX +49 (0)30 18 529 - 4629

E-MAIL 02@bmel.bund.de

INTERNET www.bmel.de

AZ 512-00202/0248

DATUM

**Fragen für den Monat November 2017**

Ihre am 28.11.2017 im Bundeskanzleramt eingegangene schriftliche Frage Nr. 11/229

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre schriftliche Frage

„Auf der Grundlage welcher neuen Sachgründe hat die Bundesregierung am 27.11.2017 bei der erneuten Abstimmung im EU-Vermittlungsausschuss über eine Zulassung des Unkrautvernichters Glyphosat ihr bisheriges Votum von Enthaltung auf Zustimmung geändert, und welche konkreten Argumente der Mitgliedstaaten, die eine Zulassung abgelehnt haben, hat die Bundesregierung verworfen?“

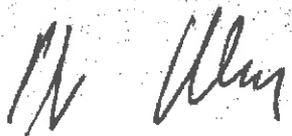
beantworte ich wie folgt:

Die Zustimmung zur Wiedergenehmigungsverordnung der EU-Kommission für den Pflanzenschutzmittelwirkstoff Glyphosat wurde nach Auffassung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse fachlich entschieden. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vertritt eine andere fachliche Auffassung und hat einer möglichen Zustimmung eindeutig widersprochen. Die in Brüssel im Namen der Bundesregierung ausgesprochene Zustimmung sowie die Wertung der Argumente der Mitgliedstaaten, die eine Zulassung abgelehnt haben, verantwortet allein das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Es wurden zudem wichtige Verbesserungen, zum Beispiel für die Pflanzen- und

Tierwelt durchgesetzt. National sollen darüber hinaus zusätzliche Maßnahmen im Sinne restriktiverer Anwendung ergriffen werden.

Die z.T. von anderen Mitgliedstaatenvertretern vorgebrachten Argumente, wonach u.a. der Zulassungszeitraum zu kurz oder zu lang sei, oder politische-gesellschaftliche Argumente gegen eine Zulassung sprächen, hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft als nicht maßgeblich verworfen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Ullrich', written in a cursive style.